

**Alex G. Elsohn**

## **»Das Konzept Hoffnung – 60 Jahre Israel und die Projekterfahrung im jüdisch-arabischen Dialog«**

Nicht nur bei staatlichen Anlässen und öffentlichen Veranstaltungen, wird in Israel die Nationalhymne gesungen. Gerne, und beinahe abwertend zu oft, wird die „Hatikvah“, das Lied der „Hoffnung“ angestimmt und sei es auch zum Schluss einer Diplomfeier an der Schule oder der Eröffnung des lokalen Sportzentrums durch den Bürgermeister. – Die Nationalhymne trägt in sich die Hoffnung auf ein sicheres Heim für das jüdische Volk, das auch während 2000 Jahre des Exils seine Herkunft nicht vergessen hat.

Natürlich verstecken sich im Sinne dieser Hymne gleich zwei Axiome: einerseits das immer noch fortwährende Hoffen auf eine Rückkehr zur nationalen Heimstätte, obwohl mit Gründung des Staates primär eine solche geschaffen wurde, andererseits die Hoffnung auf Geborgenheit für das jüdische Volk in einem Staat der schon beinahe 60 Jahre vor seiner Gründung im Konflikt um seine ethnische Definition stand.

Es ist uns nicht nur Martin Bubers Leitgedanke eines Staates und zweier Völker, der schon früh Augenmerk auf die Diskussion einer multi-ethnischen Staatsraison lenkte. Vielmehr die von Ben Gurion verlesene Unabhängigkeitserklärung selber ist es, die nicht eine Heimstätte ausschließlich für Juden, sondern auch einen Staat für alle seine Bürger auf der Basis der Gleichstellung unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Rasse und Religion definierte.

Jedoch bedeutete der Verlauf der Geschichte zu Mitte des 20. Jhts. eine Kurve in der schon im Voraus als nicht zu leicht einzuschätzende Möglichkeit, eines gleichberechtigten und kooperativen Zusammenlebens von Juden und Arabern im postkolonialen Nahen Osten. Eine enge Steilwandkurve Richtung zunehmender ethnischer Anspannung und Parallelität, anstelle einer gemeinsamen Definition zur Befriedigung der jeweiligen kulturellen Identität und der nationalen Bedürfnisse. Vor allem das sich stetig verfestigende parallel verlaufende Leben im zivilen Alltag, eine durchaus auch staatlich geförderte Segregation der jüdischen und der arabischen Gesellschaft, tat das seine zur Förderung einer Entfremdung der beiden Gesellschaften nicht nur auf politisch-nationalem Hintergrund, sondern auch auf sozioökonomischer und bildungs-struktureller Basis. Die äußerlichsten Zeichen davon waren die, als Kriegsfolge hermetisch geschlossenen Grenzen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn und im Innern die Ausübung einer Militärverwaltung bis 1966 über die arabischen BürgerInnen des neugegründeten Staates.

Nach Ende des 48er-Krieges, wandte sich das jüdische Israel der Gestaltung des eigenen Landes zu. Erst jetzt gingen die Pforten für eine Masseneinwanderung so richtig auf, die Bevölkerungsverhältnisse wurden nachhaltig verändert. Die noch anwesende palästinensische Bevölkerung im neuen Staate wurde zu den „israelischen Arabern“ und zugleich zum Feind im eigenen Land gestempelt. Auch Personen die sich auf der Nahtstelle zwischen Vertretung der eigenen und Kontaktaufnahme zur anderen Seite befanden und befinden, galten seit Anbeginn als suspekt. Verdächtig der Sympathie mit dem Feind, des Verrats eigener national-staatlicher Interessen. Und in gewissen Kreisen blieb dieses Empfinden bis heute so.

**Alex G. Elsohn**

Angesichts einer Benennung der arabischen BürgerInnen als sogenannte 5. Kolonne im Staate, dürfen wir uns also die Frage offenhalten, welchen Platz nun die um den Ausgleich und die Verständigung zwischen Juden und Arabern sich einsetzenden Kräfte betitelt werden dürfen: 4. Kolonne, Kolonne 4b oder Kolonne 5a?

Dabei sind es sehr wahrscheinlich genau diese Kräfte auf der Nahtstelle, welche die Hoffnung auf ein sicheres Heim und die Inhalte der Unabhängigkeitserklärung zusammenführen und damit langfristig und mit großem Aufwand an der Realisierung dieser Ziele arbeiten. Es sind diejenigen welche erkennen, dass nicht nur die gefühlte, sondern auch die effektive Sicherheit ein reziprokes Verhältnis zwischen den Parteien darstellt. Ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis also, das nur in einem gemeinsamen Prozess stabilisiert und zu beider Seiten Zufriedenheit geführt werden kann. Im Wesentlichen befinden wir uns mit der Verständigungsarbeit, den als „Friedensprojekt“ bezeichneten Aktivitäten und Programmen, auch heute noch innerhalb eines solch gleichbleibenden Selbstverständnisses, genauso wie vor 60 Jahren und früher.

Für den Anfang einer Betrachtung zu den unterschiedlichsten Projekten in der Verständigungsarbeit darf nicht nur auf die romantischen Ansätze des Versuchs zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen der ansässigen arabischen und der neu zugewanderten jüdischen Bevölkerung hingewiesen werden. Diese Nachbarschaftsverhältnisse beruhten zumeist auf einer wachsenden gegenseitigen Angewiesenheit in einer Art Angebots- und Nachfrage Systematik aus den Bedürfnissen des jeweiligen Alltags heraus. Allerdings bestand damals von jüdischer Seite her, als zugewanderte Minderheit durchaus auch noch die Bereitschaft zur Erlernung des Arabischen als Umgangssprache, das Zugeständnis der Minderheit an die Gepflogenheiten der Mehrheit. Heute, nach jahrzehntelanger Zuspitzung des Konflikts, mangelt es in den Begegnungsprojekten genau an dieser sprachlichen Brücke, - dem Willen der jüdischen Bevölkerung, nun die Mehrheit, die arabische Sprache nicht nur zu lernen, vielmehr sie auch im eigenen Staat als legitim bestehend zu anerkennen.

Entscheidend für den Anfang einer Begegnung und Kooperation von Juden und Arabern nach Staatsgründung, war keinesfalls die Definition solcher Begegnungen als Projekt. Die bewussten Rahmen innerhalb welcher solche Begegnungen stattfanden, widerspiegeln nicht die Absicht Verständigungsarbeit zu leisten, sondern die soziale Gleichberechtigung, Rechte für die Arbeiterklasse zu fordern. Ja, es waren die politischen, die sozialistischen und kommunistischen Parteien und Bewegungen, die ihre Appelle nicht an ethnischen sondern entlang sozialer Richtlinien ausriefen. Auf dieser Basis wurde nicht unterschieden nach ethnischer Herkunft, sondern nach Klassenzugehörigkeit. Es wurde also versucht, die Solidarität der Arbeiterklasse zu fördern und jüdische Bewegungen richteten daher entsprechende Aufrufe und Aktivitäten durchaus auch an die Bevölkerung, welche den großen Teil dieser Klasse stellte: die arabische Gesellschaft.

Es ist im Verständnis zur Friedensarbeit heute wichtig, sich bewusst zu sein, dass seit jeher die Linke in Israel nicht aus Gründen der politischen Antikriegs-Haltung oder des Antimilitarismus eine Gleichberechtigung der arabischen Minderheit

**Alex G. Elsohn**

forderte, sondern immer und bis heute auf der Basis der ökonomischen Gleichstellung.

Aspekte der Auseinandersetzung um Minderheitsrechte per se, Menschenrecht und humanitäre Fragen, drangen als zu gewichtende Punkte in einer Begegnung erst infolge des 67er Krieges und der Besetzung der Westbank und Gazastreifen allmählich ins Bewusstsein der linken jüdischen Kräfte im Staat. Und noch heute wird entsprechend unterschieden zwischen der Arbeit mit Palästinensern in Israel oder in den besetzten oder palästinensischen Gebieten. Dies hat natürlich durchaus auch seinen richtigen Hintergrund: den Palästinensern in Israel geht es um die Gleichberechtigung, der Bevölkerung in den besetzten oder den autonomen Gebieten um das Recht auf Selbstbestimmung und nationale Souveränität.

Dies alles bis anhin Gesagte, mag illustrieren wieso der jüdisch-arabische Dialog ein Projekt ist und sehr wahrscheinlich auch bleibt. Es bedarf eines bewussten Wollens, wirklichen Dialog zu betreiben. Es kann kein Automatismus festgestellt werden, der im Verlaufe von 60 Jahren dazu geführt hätte, dass ein nachhaltiger Dialog sich von alleine ergibt. Mit einem Dialog bezeichnen wir ja das aufeinander Eingehen in allen Bereichen die für eine Verständigung von zwei Seiten dazu notwendig sind. Es darf allgemein geltend gesagt werden, dass der israelische Konflikt nicht nur aus einem einzigen Thema besteht, die Reduktion auf ökonomische Aspekte also ebenso wenig einen echten Dialog zwischen Juden und Arabern darstellt, wie die ausschließliche Frage nach territorialer Oberhoheit und Mitbestimmung oder Selbstbestimmung.

Eine der wichtigsten Erfahrungen in der Projektführung zum jüdisch-arabischen Dialog ist also der Bedarf an grundlegender Definition von Begriffen und dem in einer Begegnung geltenden Verständnis in Bezug auf diese. Seit der Besetzung der Westbank und Gazastreifen infolge des 67er Krieges und zusätzlich durch die Entwicklungen von Intifada und stecken gebliebener Friedensprozesse, gestalten sich die Ausgangslagen für einen Dialogeinstieg daher nur noch zusehends schwieriger. In zunehmendem Masse müssen im Rahmen von Begegnungsprojekten komplexe Begriffe individuell zugänglich gemacht werden: Recht auf nationale Selbstbestimmung, Chancengleichheit, Autonomie, Souveränität, internationales Recht, globale Gemeinschaft und Verantwortung ... - Es ist ja ebenso gegeben, dass nicht nur im Konfliktverlauf des Nahen Ostens diese Begriffe eine sich stetig ändernde Gewichtung bekommen. Durchaus global zu beachten sind Änderungen in Bezug auf das Verständnis von Begriffen – wie zum Beispiel „Datenschutz“ – oder sogar die Schaffung neuer verbindlicher und maßgebender Begriffe wie zum Beispiel „Gender-Mainstream“ .... – Ja, auch dieses sind heute Schlagwörter, die in einem als nachhaltig zu geltenden Dialog eventuell Einfluss haben können oder haben müssen.

Es ist eigentlich erstaunlich, mit welcher Kraft sich im Verlauf der israelischen Geschichte immer wieder Menschen, Juden und Araber, in das Unterfangen stürzen Dialog betreiben zu wollen. Die Zahl versuchter oder noch immer geführter Dialogs-, Begegnungs- und Kooperationsprojekte zwischen Juden und Arabern, jüdischen Israelis und Palästinensern, Juden und israelischen Palästinensern, ist immens. Wir sprechen im Verlaufe der 60 Jahre von tausenden von Projekten, kleineren und größeren. Was treibt diese Menschen, angesichts der Komplexität der Themen, die in einem solchen Dialog zur Sprache kommen?

**Alex G. Elsohn**

Es ist zum Einen sicher die Erkenntnis Anfang der 60er Jahre, dass die israelische Gesellschaft nicht gefestigt werden kann, wenn gut ein Fünftel ihrer Bürger, die arabische Minderheit im Staate, nicht einbezogen wird. Mit dieser Erkenntnis kam auch das Bedürfnis, verstehen zu wollen, was diese Minderheit wirklich bedeutet und was die Belange dieser Minderheit sind, die in einem funktionierenden Staatswesen berücksichtigt werden müssen. Anders ausgedrückt, es war nicht unbedingt die Sorge um das leibliche und seelische Wohl der Minderheit, sondern die Sorge um das wohlbehütete Funktionieren des Gesamten, also durchaus auch die Stillung der Bedürfnisse der Mehrheit, die auf jüdischer Seite ein Antrieb waren zum Suchen nach einem nachhaltigen Dialog. Bis heute bewegt ein Großteil jüdischer TeilnehmerInnen in einem Dialogs- und Begegnungsprojekt zuallererst die Frage nach der Loyalität der arabischen Minderheit zum jüdischen Staat. Man will es unbedingt hören von den arabischen TeilnehmerInnen, dass sie a priori anerkennen was die jüdische Mehrheit will und braucht. Es ist die Hoffnung auf Anerkennung eines Bedürfnisses nach Sicherheit ... - Letzteres teilt mit umgekehrten Vorzeichen auch die arabische Teilnehmerschaft am Dialog. Es geht gerade auch der Minderheit um Anerkennung ihrer Bedürfnisse. Auch sie hat Hunger nach Sicherheit im Alltag. Soziale, ökonomische und politische, aber auch ethnische Sicherheit. Zusammengefasst könnte, die für alle Beteiligten bestehende, Notwendigkeit auf Erhalt von Respekt genannt werden.

Eine Teilnahme am Dialog beruht also im Wesentlichen auf dem Prinzip Hoffnung. Es ist die Sehnsucht nach Anerkennung der jeweiligen Bedürfnisse durch die andere Seite. Mit der sich fortsetzenden Konfliktgeschichte des Nahen Ostens wuchs diese Sehnsucht, sie ist bis heute nicht gestillt. Die Erfahrung durch das Führen nachhaltiger Dialogs- und Begegnungsprojekte zeigt aber, dass den TeilnehmerInnen Instrumente zum besseren Verständnis der Bedürfnisse der anderen Seite mit auf den Weg gegeben werden können. Allein, die durch diese Projekte gebotene Überbrückung einer im Alltag bestehenden starken Segregation jüdischer und arabischer Bevölkerung, ist schon ein wichtiger Bestandteil einer Änderung, hin zum vielbeschworenen „Neuen Nahen Osten“. – Aus dem Prinzip Hoffnung wurde im Laufe der 60 Jahre also ein Konzept ...

Währenddem im öffentlich medialen und politischen Alltag kaum Raum ist für das Individuum, kein Raum für Möglichkeiten individueller Äußerung aber auch kein Raum für Anerkennung auf Bereitschaft zur Übernahme von individueller Verantwortung, bieten künstlich initiierte Begegnung zwischen Juden und Arabern eine Gelegenheit, die von einer großen Mehrheit der Mitglieder der Zivilgesellschaft vor Ort, Juden und Arabern gesucht wird. Es ist die Hoffnung, die von allen Betroffenen getragen wird, einen Weg zu finden der langfristig, oder noch lieber sehr schnell, aus einer tagtäglich gefühlten Konfliktsituation herausführen wird. Der Konflikt ist der Motor, der antreibt zur Bereitschaft, sich mit höchst komplexen Themen beschäftigen zu wollen. Begegnungs- und Dialogprojekte haben nach wie vor nicht das Problem TeilnehmerInnen zu finden, sondern die organisatorische und finanzielle Unterstützung die es braucht, um solche Projekte führen zu können. Dass es nicht an den Teilnehmern mangelt, bezeugt leider nur, wie existentiell dramatisch dieser Konflikt anscheinend ist und den Umstand, dass auch nach 60 Jahren das Hoffen alleine nicht genügt.